

Das Heft des Handelns in der Hand behalten

Hauptausschuss I: Eckpunkte Weißbuch Konversion

„Wir haben in den vergangenen neun Monaten ein aus meiner Sicht außergewöhnliches Verfahren mit bemerkenswertem Ergebnis durchlaufen. Dabei waren im Dialogverfahren sowohl die Bürger als auch 70 Experten eingebunden. Das Ergebnis hätten wir im Rahmen eines klassischen Planungsverfahrens nicht erreicht“, ist Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz sehr zufrieden mit dem bisherigen Verlauf des Konversationsprozesses.

Dennoch empfahl der Hauptausschuss in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag dem Gemeinderat noch nicht, das Weißbuch Konversion als Gesamtdokumentation des Beteiligungsprozesses zur Kenntnis zu nehmen, wie es in der Beschlussvorlage heißt. „Ich möchte“, so Dr. Kurz, „dass wir im Gemeinderat zu einem möglichst breit getragenen Ergebnis kommen. Deshalb bin ich gerne bereit, diese 14-tägige Reflexionsphase einzuräumen.“

Er folgte damit dem Vorschlag von Volker Beisel (FDP), der zwar auch von „bemerkenswerten Ergebnissen durch den erfolgreichen Mix an Expertenmeinung und Bürgerbeteiligung“ sprach. „Aber bedauerlicherweise liegt die gesamte Dokumentation in Form des Weißbuchs noch nicht vor. Daher ist es schwierig, dem Beschlussvorlage zu folgen“, argumentierte er.

Vorbehaltlose Übereinstimmung bei Verwaltung und Politik herrschte aber darin, dass die Mannheimerinnen und Mannheimer mit ihren Ideen und Vorschlägen bisher großartige Arbeit geleistet haben. Man hoffe, so war unisono zu hören, dass die Begleitung des Konversationsprozesses von dieser Seite in Zukunft anhalte.

Doch trotz aller Freude schwebt eine Frage wie ein Damokles-Schwert über Mannheim: Wird die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die 510 Hektar freierwerdende Fläche an die Stadt verkaufen?

Der Oberbürgermeister wies erneut darauf hin, dass der Immobiliendienstleister des Bundes seit einigen Jahren „leider im Sinne der Einnahmenbeschaffung anstatt der Stadtgestaltung agiert“.

Um weiterhin das Heft des Handelns in der Hand zu behalten – das war auch der ausnahmslose Wunsch des Hauptausschusses – will man jetzt einen Bebauungsplan aufstellen, damit mögliche Investoren, wenn es tatsächlich zum Verkauf an externe Interessenten kommen sollte, die Stadtge-

staltung nicht mitbestimmen. Als nächstes werden die bereits freigegebenen Kasernen (Turley, Hammonds und Taylor) voruntersucht, um mögliche Mängel und Missstände zu erkennen – die Voraussetzung eines förmlichen Sanierungs- und Entwicklungsverfahrens.

Parallel dazu soll gemeinsam mit der Bundesgartenschau GmbH eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Dr. Kurz: „Der intensive und temporeiche Prozess von 2011 wird sich fortsetzen. Es ist wichtig, dass wir früh – das heißt schon in der ersten Gemeinderatssitzung des Jahres – in die Beschlussfassung eintreten.“

Carsten Südmersen (CDU) wies zunächst auch auf die Beteiligung des Gemeinderates an dem erfolgreichen Prozess hin. Er erklärte aber, dass sich seine Fraktion in den fünf Eckpunkten nicht beim Thema Wirtschaft wiederfindet. „Dazu gehören sowohl die Gewinnung neuer Fachkräfte als auch neuer Gewerbeflächen. Das kommt nicht vor.“ Einverstanden war er mit dem Bebauungsplan, „damit wir Zeichen setzen für die BImA“.

Ralf Eisenhauer (SPD) glaubt an die Chancen durch die Konversion. „Mit dem Weißbuch liegt eine Dokumentation mit Binnenwirkung auf die Stadtgesellschaft vor, aber auch ein Signal nach außen an die BImA, dass wir in Bezug auf die Stadtentwicklung alle an einem Strang ziehen. Wir stärken damit die Verhandlungsposition der Stadt, sind aber mit dem Planungsverfahren auch bereit, den Weg der Konfrontation zu gehen. Die Inhalte der Eckpunkte finden die volle Zustimmung der Fraktion.“

Volker Beisel hält es nicht für erforderlich, die Gesamtheit der Flächen zu erwerben, sondern nur dort, „wo der Bebauungsplan als Instrument allein nicht stak genug ist“.

Gabriele Thirion-Brenneisen (Grüne) begrüßt die fünf Eckpunkte. „Das ist es, was die Stadt ausmacht, das ist zukunftsweisend.“ Und dass die Eckpunkte zusammengedacht werden, sei genau der richtige Ansatz.

Rolf Dieter (ML) meint: „Das Weißbuch in der kurzen Zeit ist eine tolle Sache. Aber wir sind auf dem Weg, das ist nicht unser Ziel.“ Er hoffe, dass seitens der Verwaltung die Offenheit besteht, weitere Anregungen einzubringen wie beispielsweise die Aufforstung des Waldes. Was den Erwerb der Flächen angeht, ist auch er – wie Beisel – der Auffassung, nicht die Gesamtheit zu kaufen. (az)

Wenn's dem Konsens dient

Hauptausschuss II: Kunsthalle – Neubau und Stiftung

Einstimmig empfiehlt der Hauptausschuss dem Gemeinderat sowohl die Mitgründung der Kunsthallen-Stiftung zur Errichtung des Neubaus sowie die finanzielle Entlastung von wissenschaftlichen und künstlerischen Sonderprojekten als auch das Wettbewerbsverfahren zum Neubau.

Fast alle Ausschuss-Mitglieder, die sich am Dienstag zu Wort meldeten, befürworteten allerdings eine stärkere Einbindung des Gemeinderates ins Preisgericht, das über den Siegerentwurf entscheidet. In der vorgelegten Vorlage war vorgesehen, dass die Vertreter der vier Fraktionen als stellvertretende Sachpreisrichter ohne Stimmrecht fungieren. Doch damit war lediglich Ralf Eisenhauer (SPD) einverstanden: „Wir stimmen der Vorlage gerne zu. Ich freue mich auch, dass ich stellvertretendes Mitglied in einem so kompetenten Kreis sein kann und bin mit dieser Rolle zufrieden. Das ist eine angemessene Berücksichtigung.“

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz („wenn's denn dem Konsens dient“) folgte dann aber dem Antrag der CDU, Dr. Jens Kirsch (CDU) und Miriam Caroli (Grüne) in den Kreis der Stimmberechtigten aufzunehmen. Dafür sind jetzt Kulturbürgermeister Michael Grötsch und Baubürgermeister Lothar Quast nur beratend tätig. Die beiden Dezernenten waren mit dieser Lösung einverstanden.

Dr. Jens Kirsch signalisierte zuvor die Zustimmung seiner Fraktion zur Stiftungsgründung. Er bedauerte jedoch, dass die Fakten zum Neubau in der Bürgerversammlung veröffent-

licht wurden, bevor der Gemeinderat davon Kenntnis hatte. „Das ist schlechter Stil und gibt böses Blut. Das sollten wir in Zukunft vermeiden.“ Und zur Besetzung des Preisgerichts meinte er: „Wir haben als gewählte Vertretung der Bürgerschaft auch die Aufgabe der Stadtgestaltung. Wir wünschen uns, dass wir besser eingebunden werden.“

Miriam Caroli bat darum, dass in Zukunft so wichtige Vorlagen wie diese bereits im Kulturausschuss vorberaten werden. Zum Thema Jury vertritt sie die Auffassung, dass „wir sehr dankbar für die großzügige Spende sind. Aber auch wenn wir mit privatem Geld eine öffentliche Einrichtung finanzieren, entbindet es uns nicht davon, Verantwortung zu tragen.“

Ähnlich argumentierten auch Volker Beisel („die FDP-Fraktion möchte in die Prozesse eingebunden werden, um später eine Rechtfertigung gegenüber den Bürgern zu haben“) sowie Rolf Dieter (ML), der außerdem – wie andere Ausschuss-Mitglieder auch – noch Klärungsbedarf zu dem Tagungsordnungsplan hatte.

Nachdem Dr. Peter Kurz – wie auch die zuständigen Experten – die Fragen beantwortet hatte, wies er darauf hin, dass die Gemeinderäte im Preisgericht sollten sie eine andere Auffassung als die Mehrheit haben, diese nicht öffentlich rechtfertigen können. „Das sind die Spielregeln bei solchen Wettbewerben.“

Und trotz der Vertretung von Verwaltung und Politik im Preisgericht müsse klar sein, dass die Stiftung weiterhin rein privatrechtlich ist. (az)

Informationsfahrt nach Hellerau

Mögliche Konzeption eines Zentrum der Darstellenden Künste in Mannheim – Interessante Einblicke

In Mannheim befassen sich Verwaltung und Gremien mit einer möglichen Konzeption eines Zentrums der Darstellenden Künste. Kernpunkt dieser Überlegungen ist die Frage, wie die Rahmenbedingungen der Darstellenden Künste weiter verbessert werden können.

Daher besuchten Kulturbürgermeister Michael Grötsch und Sabine Schirra, Leiterin des Kulturamtes, gemeinsam mit den Mitgliedern des Gemeinderates (Marianne Seitz, Elke Stegmeier, Regina Trösch, Dr. Achim Weizel) und der Verwaltung das Festspielhaus Hellerau – Europäisches Zentrum der Künste Dresden.

Bei der zweitägigen Informationsreise erhielten sie bei einer Besichtigung und in Gesprächen mit Dr. Ralf Lunau, dem Kulturbürgermeister Dresdens, und mit Dieter Jaenicke, dem künstlerischen Leiter von Hellerau, Einblicke in die Arbeit der internationalen vernetzten Produktions- und Spielstätte.

Hellerau blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. 1911 entstand das Festspielhaus als „Kunstort der Moderne“. Bereits im Ersten Weltkrieg als Militärlager genutzt, diente es im Dritten Reich als Polizeischule und war von 1945 bis 1992 Kaserne der Sowjetarmee. In den 1990er Jahren begann Hellerau als temporärer Veranstaltungsort wieder Schritt für Schritt an seine kurze Blütezeit anzuknüpfen, die eng mit der Idee von Bewegung und Tanz verbunden war.

Seit 2009 wird das Haus ganzjährig bespielt. „Viele konnten sich nicht vorstellen, was in Hellerau möglich



Bürgermeister Grötsch, Mitarbeiter der Verwaltung und des Gemeinderates informierten sich in Hellerau. FOTO: STADT MANNHEIM

ist. Wir haben 2009 mit großen Ambitionen angefangen“, blickt Lunau zurück. „Ich möchte Mut machen, ein solches Projekt zu wagen. Es ist uns gelungen, die Aufmerksamkeit auf Hellerau zu lenken“, so Lunau weiter. Hellerau hat sich innerhalb kurzer Zeit als ein interdisziplinäres und internationales Zentrum für zeitgenössische Künste etabliert, dessen Schwerpunkt an erster Stelle auf dem zeitgenössischen Tanz, aber auch dem zeitgenössischen Theater, der zeitgenössischen Musik und den Neuen Medien liegt.

Die Stadt Dresden entschied ganz bewusst, Hellerau mit einer künstlerischen Leitung auszustatten. Als künstlerischer Leiter zeichnet Jaenicke für die programmatische Linie des Hauses verantwortlich. Ein künstlerischer Beirat steht beratend zur Seite. Eine klare „Künstlerische Handschrift“ sei

entscheidend, um im europäischen und internationalen Maßstab mitzuspielen, erläuterten beide Gesprächspartner. Internationale Gastspiele von „Größen der Szene“, die in Hellerau auftreten, stellen für die örtliche freie Szene Ereignisse dar, die den künstlerischen Diskurs anregen.

Hellerau ist es gelungen, an die Traditionslinien in Dresden anzuknüpfen und dabei „etwas Neues einzupflanzen“. Das Zentrum ist mit den großen etablierten Dresdener Kulturinstitutionen sehr gut vernetzt. Zuletzt kooperierte es beispielsweise mit dem Staatsschauspiel Dresden anlässlich des Festivals „Politik im Freien Theater“ in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Ein besonderer Fokus wird darauf gelegt, neue Publikumsbindungen herzustellen. Hierfür hat sich Helle-

rau eigens bei einem europäischen „Audience Development Programme“ (Publikumsentwicklung) beworben. Es soll in Kürze starten und beispielsweise auch Projekte mit Schulen durchführen, um neues Publikum zu gewinnen.

Aus den Gesprächen in Hellerau ergaben sich wichtige Informationen für den weiteren Prozess in Mannheim. Kulturbürgermeister Michael Grötsch resümierte: „In Mannheim und Dresden finden wir unterschiedliche Gegebenheiten vor. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich unsere Kulturlandschaft, die lokale freie Szene, aber auch Größe der Region und Struktur der Bevölkerung zu bewerten. In einem nächsten Schritt müssen wir eine klare Fragestellung formulieren, was wir vor Ort haben wollen und welche Maßstäbe wir setzen möchten“, so Grötsch. (red)

AUS DEM GEMEINDERAT

SPD-Initiative für Sport

Haushalt 2012/2013: Sanierung der Anlagen und Jugendarbeit im Fokus

Fraktion im Gemeinderat SPD

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat bei den Beratungen zum städtischen Doppelhaushalt 2012/2013 ein besonderes Augenmerk auf die Förderung des Sports gelegt. Durch die Beschlüsse des Gemeinderates wurden – über die vorgesehenen Maßnahmen der Verwaltung hinaus – zusätzliche Investitionen in Sportstätten und Jugendarbeit in Höhe von über einer Million Euro bis 2014 ermöglicht. Vorsitzender Ralf Eisenhauer erklärte: „Wir wissen um die Verdienste der Sportvereine für unsere Jugend, unsere Stadt und unsere Stadtteile. Mit unseren Beschlüssen möchten wir auch das ehrenamtliche Engagement und die dahinter steckende harte Arbeit würdigen. Denn nur gemeinsam können wir die Sportstadt Mannheim voranbringen.“

Konkret geht es um die Sanierung der Sportanlagen. Dafür hat der Gemeinderat zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 Euro für 2013 beschlossen und 600.000 Euro für 2014 vorgesehen. „Damit gehen wir den Sanierungsstau an, der seit vielen

Jahren im Bereich der Sportanlagen besteht. Uns ist wichtig, dass wir unsere Sportinfrastruktur verbessern, auch im Hinblick auf die regionale Konkurrenz“, verdeutlicht die sportpolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion Andrea Safferling.

Der SPD liegt insbesondere die Jugendarbeit der Vereine am Herzen: Ein Sportverein hat bisher für jedes Vereinsmitglied unter 18 Jahren eine Förderung von 18 Euro im Jahr erhalten. „Diese Förderungspauschale stagniert seit Jahren. Auf Antrag der SPD hat der Gemeinderat den Betrag auf 21 Euro erhöht“, äußert sich Safferling erfreut. Dies bedeutete Mehreinnahmen für die Mannheimer Vereine von etwa 60.000 Euro jährlich – und dauerhaft. Eine zweite Jugend-Initiative der SPD trägt bereits Früchte, der „Mannheimer Bürgereuro“: In 2010 und 2011 überweist die Stadt für jede Vereinsmitgliedschaft die gleiche Summe an den Verein, bis zu einer Höhe von 500 Euro. Entscheidend ist, dass sich der Verein in der Nachwuchsförderung hervor tut. „Dadurch belohnen wir Jugendarbeit und bürgerschaftliches Engagement. 90 Vereine haben im ersten Jahr davon profitiert“, erläutert Safferling.

Das wichtigste Anliegen für die SPD war bei den Etat-Beratungen, dass der Haushalt sozial ausgewogen ist. „Bei allen Entscheidungen haben wir darauf geachtet, dass Lasten und Leistungen gerecht verteilt sind. Gleichzeitig war es unser Anliegen, den städtischen Haushalt nachhaltig zu verbessern. Durch die Rückführung der Gewerbesteuer auf den alten Stand können wir beispielsweise den Sport mit über einer Million bis 2014 fördern“, schildert Eisenhauer. Trotzdem sei auch die weiterhin schwierige Situation des städtischen Haushalts zu beachten. Deshalb würden auch die im Haushaltsstrukturprogramm vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt, wie die neue Mietpreisordnung für die Überlassung städtischer Sporthallen und Schulsportstätten. „Wir werden das Haushaltsstrukturprogramm nicht aufweichen, da wir auch Verantwortung für künftige Generationen tragen. Deshalb müssen wir heute die Lasten und Leistungen gerecht verteilen“, betont Eisenhauer und ergänzt: „Während andere Parteien im Mannheimer Gemeinderat den aktuellen Haushalt gar nicht mitgetragen haben und nun dennoch im Nachhinein versuchen, die Rosinen herauszupicken, steht die SPD



Andrea Safferling, sportpolitische Sprecherin der SPD-Gemeinderatsfraktion.

zu ihren Beschlüssen: Wir übernehmen Verantwortung für unsere Stadt.“

Ihre SPD-Gemeinderatsfraktion
Ralf Eisenhauer

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon 0621 293-2090/-91, per Mail unter spd@mannheim.de sowie im Internet unter www.in-mannheim-spd.de.

Kein Flugplatz im Mannheimer Norden

Mit erneutem Antrag bemüht sich Stadtrat Roland Weiß (parteilos) um Diskussion im Gremium

Die fortwährend geführten Diskussionen um den Bedarf eines neuen Regionalflughafens in Mannheim nennt immer wieder Geländeflächen im Mannheimer Norden als möglichen neuen Standort. Gerade die Ereignisse um die wirtschaftliche Entwicklung des Regionalflughafens in MA-Neustheim geben Anlass für dererlei Spekulationen. Während des Landtagswahlkampfes im vergangenen Jahr haben auch die Kandidaten von CDU, SPD und Grüne ihre ablehnende Haltung zum Thema „Flugplatz im Mannheimer Norden“ zum Ausdruck gebracht.

Die Lärmbelastung für die Menschen im Mannheimer Norden sowie die Belastung für die Natur durch Flugbetrieb haben schon längst die Grenze des Zumutbaren überschritten.

Jüngst, bei einer öffentlichen Veranstaltung, hat der Vertreter der Stadt Mann-

heim in seiner Festansprache deutlich auf diese Belastungen für Mensch und Umwelt hingewiesen. Weiter hat der Vertreter der Stadt Mannheim ausgeführt, dass „eine breite Mehrheit des Mannheimer Gemeinderates gegen den Bau eines Flugplatzes im Mannheimer Norden nach dem Abzug der US-Streitkräfte vorhanden sei“.

Faktisch haben es die Spitze der Mannheimer Verwaltung und der Gemeinderat bislang versäumt, sich mit der Thematik Flugplatz im Mannheimer Norden ausführlich zu befassen. Das Thema spielt offensichtlich weder für den Oberbürgermeister noch für die Mannheimer Gemeinderäte eine Rolle.

In der Sitzung des Hauptausschuss im April des vergangenen Jahres sind die Gemeinderäte mehrheitlich dem Antrag des Oberbürgermeisters auf Nichtbefassung mit dem vorliegenden Antrag des Stadtrat

Roland Weiß zum Thema Flugplatz im Mannheimer Norden gefolgt. Insbesondere die Bürger/innen im Mannheimer Norden haben ein Anrecht darauf, dass der Mannheimer Gemeinderat sich in dieser wichtigen Frage eindeutig positioniert.

Eine klare Entscheidung ist ebenso notwendig, damit die Abwicklung des wirtschaftlich nicht mehr tragfähigen Regionalflughafens in MA-Neustheim ohne weitere Spekulationen hinsichtlich nicht vorhandener Entwicklungsmöglichkeiten im Mannheimer Norden geführt werden kann.

Ein weiteres Hinauszögern der Beschlussfassung ist irreführend und verunsichert die Menschen im Mannheimer Norden sowie die Partner der Metropolregion.

Mit einem neuerlichen Antrag an den Gemeinderat bemüht sich Stadtrat Roland Weiß um die Diskussion im Gremium.



Stadtrat Roland Weiß.